



Geschäftsbericht 2006

Jahresabschluss und Lagebericht

Inhalt

1	Lagebericht	4
1.1	Allgemeines	4
1.2	Geschäftsverlauf	5
1.2.1	Bestandsentwicklung	5
1.2.2	Kapitalanlagen	5
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	6
1.2.4	Überschuss	6
1.2.5	Solvabilität	6
1.3	Überschussverwendung	7
1.4	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	7
1.5	Ausblick	8
2	Jahresabschluss	10
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006	10
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006	12
3	Anhang	13
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2006	14
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006	20
3.3	Weitere Angaben	22
4	Anlage zum Lagebericht	24
5	Anlage zum Anhang	27
6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	30
7	Bericht des Aufsichtsrates	31
8	Organe	33



1 LAGEBERICHT

1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes, die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes, wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Die aktuellen Rententariife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Für Angehörige der steuerberatenden Berufe kann die Versicherung als private Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, ausgestaltet werden.

In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisversorgung“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann auch eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden. Zur Risikovorsorge bieten wir den Angehörigen der steuerberatenden Berufe eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung und eine Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als kostengünstige Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Wir sind eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Nach § 118b VAG sind seit dem 1. Januar 2006 alle Pensionskassen dereguliert, sofern kein Antrag auf Regulierung gestellt wurde oder die Regulierung gesetzlich bestimmt ist. Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. sind wir bereits seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse. Unsere Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V..

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Bestandsentwicklung

Der Neuzugang im Geschäftsjahr 2006 beruhte überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisversorgung“.

Der Neuzugang wirkte sich auf den Versicherungsbestand aus. Zum 31. Dezember 2006 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 878.226.324,72 €. Das bedeutete eine Steigerung um 1,2 % (im Vorjahr 1,0 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich auf 33.626.027,40 €, d.h. um 0,9 % (im Vorjahr 1,3 %).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 23.769.744,73 € betragen (im Vorjahr 20.414.164,13 €). Der Anstieg der Zahlungen beruhte vor allem auf dem weiteren Zugang an Altersrentnern und auf gestiegenen Kapitalabfindungen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 2.030.448,46 € erhöhten.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 34.590.116,00 € (im Vorjahr 35.640.978,00 €). Die geringere Zuführung gegenüber dem Vorjahr geht einher mit den gestiegenen Zahlungen für Versicherungsleistungen, die insoweit nicht mehr in der Deckungsrückstellung zu berücksichtigen waren. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 9.268.934,00 € auf die Verstärkung zum Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen (im Vorjahr 8.686.872,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 649.578.515,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 43.159.870,56 € oder 6,8 % auf 674.650.533,41 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 29.492.243,73 € gegenüber 28.283.561,62 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 1.905.498,83 € (im Vorjahr 1.396.608,65 €). Die laufende Nettoverzinsung ging auf 4,20 % zurück (im Vorjahr 4,30 %). Die gesamte Nettoverzinsung betrug 4,22 % (im Vorjahr 4,38 %).

Es bestehen stille Lasten aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB in Höhe von 1.402.900,00 €.

Die stillen Reserven der Kapitalanlagen betragen insgesamt 4.575.070,33 € (nach Saldierung mit den stillen Lasten); dies entspricht 0,68 % des Buchwertes der Kapitalanlagen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung durch das Sicherungsvermögen ist gegeben.

1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.347.736,66 €. Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,01 % der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 654.702,87 € entsprechen 1,95 % der gebuchten Bruttobeiträge.

1.2.4 Überschuss

Das Ergebnis des Geschäftsjahres wurde durch die niedrigen Kapitalmarktzinsen beeinflusst. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten wir zusätzliche Erträge erzielen. Hinsichtlich der vorzeitigen Versicherungsfälle war ein günstiger Risikoverlauf zu verzeichnen.

Weiterhin besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war der Überschuss für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Insgesamt wurde ein Überschuss von 1.295.100,16 € (im Vorjahr 3.748.126,59 €) erzielt. Hiervon wurden 500.000,00 € der Verlustrücklage und 795.100,16 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

1.2.5 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung. Für Pensionskassen gelten die Solvabilitätsvorschriften erst seit ihrer Deregulierung, für die Deutsche Steuerberater-Versicherung also erst seit dem Jahr 1998.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, heranziehen. Die in den Vorjahren ergänzend genutzte Möglichkeit, künftige Überschüsse als Eigenmittel anzusetzen, besteht nur noch im Rahmen einer Übergangsfrist, die im Jahr 2007 ausläuft. Die künftige Verschärfung der Vorschriften ist Folge der europäischen Solvabilitäts-Richtlinien aus dem Jahr 2002.

Zur Stärkung der Eigenmittel hatten wir bereits seit dem Jahr 2003 höhere Zuführungen zur Verlustrücklage vorgenommen und den als Eigenmittel anrechenbaren Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gesteigert. Als weitere Maßnahme hat die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Geschäftsjahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst. Das auf die Schuldverschreibungen eingezahlte Nachrangkapital können wir den Eigenmitteln im Sinne der Solvabilität zuordnen.

Damit erfüllen wir vor Ablauf der Übergangsfrist rechtzeitig die neuen, strengeren Solvabilitätsvorschriften.

1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.608.456,94 € entnommen. Davon entfallen 1.049.616,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 516.407,54 € sowie um Überschussanteile von 42.433,40 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2006 auf 19.566.783,84 € (im Vorjahr 20.380.140,62 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

1.4 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere **Risiken** im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationalen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken durch angemessene Maßnahmen.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir begegnen dem durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungs-

grundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt. In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2006 eine weitere Anpassung der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss. Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Der Aktienanteil innerhalb der vorhandenen Investmentfonds betrug zum Bilanzstichtag 4,3 % der gesamten Kapitalanlagen. Im Direktbestand halten wir keine Aktienanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Streuung und Mischung. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass der garantierte Rechnungszins dauerhaft erreicht wird. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Den operationalen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

Die Chancen der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die steuerlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisversorgung“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen. Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner.

Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Die ersten Sparbeiträge werden nicht für Provisionen verbraucht, sondern fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

1.5 Ausblick

Vorgänge von erheblicher Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Für das Neugeschäft werden seit Beginn des Jahres 2007 neue Tarife mit einem Rechnungszins von 2,25 % verwendet. Damit beachten wir als deregulierte Pensionskasse die Anpassung des gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszinses zum 1. Januar 2007.

Unsere aktuellen Tarife bieten erweiterte und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente – die flexible Rentenversicherung

ds:Rente Plus – die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung

ds:Basis – die neue Basisrente

ds:BU – die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung

ds:RiBU – die Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

ds:bAV – die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung.

Die steuerlichen Förderungen nach dem Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz können genutzt werden. Durch das Jahressteuergesetz 2007 sind die Rahmenbedingungen einer zusätzlichen Basisrente insbesondere für Selbständige deutlich verbessert worden.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebenserwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird daher unverzichtbar.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung.

Wir rechnen mit einem weiteren Zugang an Versicherten und einer Steigerung des Versicherungsbestandes.

Bonn, den 18. April 2007

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann

2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2006 Euro	2005 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				153.098,50	171.633,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			15.348.700,06		15.690.074,06
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		139.999.858,40			107.045.022,24
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		186.071.973,48			196.245.972,38
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		381.314,50			578.327,14
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	216.377.686,97				242.911.477,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.971.000,00	300.348.686,97			54.519.790,03
5. Einlagen bei Kreditinstituten		32.500.000,00	659.301.833,35		14.500.000,00
				674.650.533,41	631.490.662,85
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			242.519,30		189.517,68
II. Sonstige Forderungen			86.587,14		53.934,32
				329.106,44	243.452,00
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen			103.444,00		104.153,50
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand			1.803.747,54		3.737.407,44
III. Andere Vermögensgegenstände			3.470.299,63		3.264.259,20
				5.377.491,17	7.105.820,14
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen			9.926.985,95		10.018.853,15
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			349.329,16		0,00
				10.276.315,11	10.018.853,15
Summe der Aktiva				690.786.544,63	649.030.421,14

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 18. April 2007



Manfred Etschelder, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2006 Euro	2005 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			8.000.000,00	7.500.000,00
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.000.000,00	0,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		4.510.198,21		4.521.398,34
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	649.578.515,00			614.988.399,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	79.920.165,00	569.658.350,00		77.921.186,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.940.451,31			982.231,73
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	795.254,56	1.145.196,75		293.187,83
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		19.566.783,84		20.380.140,62
			594.880.528,80	562.657.795,86
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		64.783,00		56.760,00
II. Steuerrückstellungen		9.450,00		0,00
III. Sonstige Rückstellungen		140.473,76		202.015,01
			214.706,76	258.775,01
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			79.920.165,00	77.921.186,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		55.128,44		57.849,35
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		479.361,55		522.627,01
III. Sonstige Verbindlichkeiten		227.533,06		102.775,59
davon aus Steuern	22.964,06 Euro			
(im Vorjahr 23.339,12 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			762.023,05	683.251,95
G. Rechnungsabgrenzungsposten			9.121,02	9.412,32
Summe der Passiva			690.786.544,63	649.030.421,14

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 29. März 2007 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 18. April 2007

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Euro	Euro	2006 Euro	2005 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	33.626.027,40			33.321.955,81
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	2.097.831,63	31.528.195,77		2.514.666,39
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		11.200,13	31.539.395,90	82.053,20
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			1.049.616,00	1.377.593,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.190.145,10			1.279.217,58
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.679.262,77	28.869.407,87		26.157.231,10
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		622.835,86	29.492.243,73	847.112,94
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	23.769.744,73			20.414.164,13
bb) Anteil der Rückversicherer	469.165,00	23.300.579,73		544.030,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	958.219,58			./ 189.781,16
bb) Anteil der Rückversicherer	502.066,73	456.152,85	23.756.732,58	./ 75.248,17
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		34.590.116,00		35.640.978,00
bb) Anteil der Rückversicherer		1.998.979,00	32.591.137,00	2.403.503,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
			795.100,16	3.048.126,59
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	693.033,79			796.798,20
b) Verwaltungsaufwendungen	654.702,87	1.347.736,66		650.357,63
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.927.233,07	./ 579.496,41	1.738.618,60
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.453.824,83		1.048.734,65
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		449.174,00		347.874,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.500,00	1.905.498,83	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				
			2.776.906,99	2.694.112,22
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				
			835.376,48	710.036,41
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		39.735,78		36.450,55
2. Sonstige Aufwendungen		286.368,46	246.632,68	184.591,24
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			588.743,80	561.895,72
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			88.743,80	./ 138.104,28
5. Jahresüberschuss			500.000,00	700.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			500.000,00	700.000,00
7. Bilanzgewinn			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Diese Zuordnung war vorsorglich für die Inhaberschuldverschreibungen sowie für die Investmentfonds vorgenommen worden, die weit überwiegend festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

Bei festverzinslichen Wertpapieren kann im Fall von steigenden Kapitalmarktzinsen und damit verbundenen sinkenden Kursen davon ausgegangen werden, dass eine Wertminderung unterhalb des Nennwerts nicht dauerhaft ist, weil die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2006

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2005	171.633,00 €
Zugänge	51.437,88 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	69.972,38 €
Bestand am 31.12.2006	153.098,50 €

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 16 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 7 Abs. 4 EStG vorgenommen wurden. Nach vorliegenden Wertgutachten aus dem Jahr 2004 beträgt der Zeitwert der Grundstücke 15.700.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 15.348.700,06 €. Die Zeitwerte sind als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.880.485,02 €.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 663.525.603,74 € gegenüber einem Bilanzwert von 659.301.833,35 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschuldforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind ausgewiesen:

Investmentanteile	139.999.858,40 €
-------------------	------------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 142.090.180,99 €. Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 2.090.322,59 €.

Es waren keine Abschreibungen erforderlich. Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB wurden nicht vorgenommen.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Inhaberschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Liquiditätspapiere	39.701.700,00 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	105.316.373,71 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	41.053.899,77 €
	186.071.973,48 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 187.630.647,74 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 1.402.900,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 2.961.574,26 €.

Abschreibungen wurden in Höhe von 107.800,00 € vorgenommen. Es wurden keine Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	216.377.686,97 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.971.000,00 €
	300.348.686,97 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet.

Der Zeitwert beträgt 300.923.460,51 €. Die stillen Reserven dieser Position belaufen sich auf insgesamt 574.773,54 €.

5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 32.500.000,00 €, die zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden im ersten Quartal 2007 132.989,44 € ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear entsprechend den steuerlichen Vorschriften. Geringwertige Wirtschaftsgüter sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 3.308.500,14 € ausgewiesen, die erst am 01.01.2007 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2006 entfallen, aber erst 2007 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es wurde ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst.

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2006

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Umbuchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Software	172	51				70	153
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	15.690					341	15.349
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	107.045	35.000		2.045			140.000
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	196.246	7.452		17.518		108	186.072
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	578			197			381
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	242.911	8.500		35.034			216.377
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	54.520	32.000		2.549			83.971
5. Einlagen bei Kreditinstituten	14.500	56.100		38.100			32.500
6. Summe B II.	615.800	139.052		95.443		108	659.301
Insgesamt	631.662	139.103		95.443		519	674.803

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 500.000,00 € auf 8.000.000,00 € erhöht.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mehr als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2007 entfallenden Beitragsanteile wurden als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2006 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2006 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2005	614.988.399,00 €	77.921.186,00 €	537.067.213,00 €
Zuführung	34.590.116,00 €	1.998.979,00 €	32.591.137,00 €
Stand am 31.12.2006	649.578.515,00 €	79.920.165,00 €	569.658.350,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 79.920.165,00 € (Vorjahr: 77.921.186,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31.12.1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung für diese Versicherungen seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Zum 31.12.2006 beträgt die Verstärkung 55,5 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den bisherigen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung.

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten wer-

den demnach grundsätzlich 70 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 60 bis 75 Jahren – verwendet. Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %.

Für den ab dem 01.01.1997 geltenden „**Tarif 2000**“ beruhen die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *SterbetafelN DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *SterbetafelN DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgte die jährliche Anpassung für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *SterbetafelN DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31.12.2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Für den ab dem 01.01.2002 geltenden „**Tarif 2000 plus**“ und den ab dem 01.01.2004 geltenden „**Tarif 04 plus**“ beruhen die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *SterbetafelN DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *SterbetafelN DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgte die jährliche Anpassung für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *SterbetafelN DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „**Tarif 2000 plus**“ bzw. 2,75 % für den „**Tarif 04 plus**“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für die seit dem 01.01.2005 für den Neuzugang geltenden Rententarife („**Tarif 2005**“) werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *SterbetafelN DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Bei den Risikoversicherungen wurden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *SterbetafelN DAV 1994 T* mit einem Rechnungszins von 3,25 % bzw. 2,75 % angewendet.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden.

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschliessende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2005	20.380.140,62 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.608.456,94 €
Zwischensumme	18.771.683,68 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	795.100,16 €
Stand am 31.12.2006	19.566.783,84 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile, von denen 3,8 Mio. € gemäß Beschlüssen der Vertreterversammlung vom 23.06.2001 und 17.06.2006 bereits festgelegt sind. Durch den Vorschlag zur Überschussverwendung sind weitere 0,8 Mio. € gebunden, davon 0,4 Mio. € für Schlussüberschussanteile. Im Fonds für Schlussüberschussanteile sind für Kapitalabfindungen und vorzeitige Versicherungsfälle 9,5 Mio. € reserviert.

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 4,5 % vorgenommen. Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG gebildet. Als Rechnungsgrundlagen wurden die neuen Richttafeln 2005 G von K. Heubeck und ein Rechnungszins von 6,0 % verwendet, wobei ein schrittweiser Übergang auf die Teilwerte nach den neuen Richttafeln entsprechend den hierfür geltenden steuerlichen Vorschriften erfolgt.

II. Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen betreffen die Gewerbesteuer.

III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen und für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und für Instandhaltungskosten.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Der ausgewiesene Betrag entspricht der Position Passiva C II 2.

F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten an Rentner.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 479.361,55 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 795.254,56 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3b RechVersV beträgt 2.799.612,17 €.

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2006 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 22.964,06 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2006 entfallen, aber erst in 2007 fällig sind.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2006	2005
Laufende Beiträge	32.577.378,64 €	32.710.766,78 €
Einmalbeiträge	1.048.648,76 €	611.189,03 €
Gebuchte Brutto-Beiträge	33.626.027,40 €	33.321.955,81 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von 2.097.831,63 € waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten.

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung von Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 1.049.616,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war. Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2006	2005
a) Erträge aus Grundstücken	1.190.145,10 €	1.279.217,58 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	27.679.262,77 €	26.157.231,10 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	622.835,86 €	847.112,94 €
	29.492.243,73 €	28.283.561,62 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich aus dem Verkauf von Wertpapieren.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2006	2005
Laufende Renten	13.784.269,23 €	12.456.104,26 €
Rückvergütungen	18.766,17 €	45.465,76 €
Kapitalabfindungen	9.846.361,00 €	7.815.912,54 €
Regulierungsaufwendungen	120.348,33 €	96.681,57 €
	23.769.744,73 €	20.414.164,13 €
Anteile des Rückversicherers	469.165,00 €	544.030,00 €
	23.300.579,73 €	19.870.134,13 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen ist, setzt sich wie folgt zusammen:

a) Bruttobetrag	34.590.116,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	1.998.979,00 €
Nettozuführung	32.591.137,00 €

Von der Zuführung entfallen 9.065.569,00 € auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 203.365,00 € auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen für die neueren Tarife.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Überschussbeteiligung (Rückstellung für Beitragsrückerstattung) zuzuführen. Im Geschäftsjahr sind dies 795.100,16 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 3.048.126,59 €.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2006	2005
a) Abschlussaufwendungen	693.033,79 €	796.798,20 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	654.702,87 €	650.357,63 €
	1.347.736,66 €	1.447.155,83 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.927.233,07 € ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2006	2005
a) Verwaltungsaufwendungen für		
Grundstücke	1.054.818,51 €	673.218,06 €
Andere Vermögensanlagen	399.006,32 €	375.516,59 €
	1.453.824,83 €	1.048.734,65 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	341.374,00 €	341.374,00 €
Wertpapiere	107.800,00 €	6.500,00 €
	449.174,00 €	347.874,00 €
c) Verluste aus Abgang von Kapitalanlagen	2.500,00 €	0,00 €
	1.905.498,83 €	1.396.608,65 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich ausschließlich um rechnungsmäßige Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position E der Passiva).

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 26.632,34 € enthalten.

2. Sonstige Aufwendungen

Der Betrag umfasst Aufwendungen für Vertreterversammlung und Aufsichtsrat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten, für Gebühren und Beiträge sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 83.208,80 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten, wobei davon 5.920,84 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen.

4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer 2006	75.160,00 €
Solidaritätszuschlag 2006	4.133,80 €
Gewerbsteuer 2006	9.450,00 €
	88.743,80 €

5. und 6. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen.

Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 500.000,00 € vorgenommen.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können - mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) - sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr Tsd Euro	Geschäftsjahr Tsd Euro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	—	—
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—	—
3. Löhne und Gehälter	647	650
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	111	115
5. Aufwendungen für Altersversorgung	29	28
Summe	787	793

3.3.3 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Dr. Horst Gehre, RA, Bonn
(Vorsitzender) bis 30. Juni 2006

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen
(Vorsitzender ab 1. Juli 2006, stv. Vorsitzender bis 30. Juni 2006)

Heribert Heinrichs, StB/WP, Münster
(stv. Vorsitzender ab 1. Juli 2006)

Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg
ab 01. Juli 2006

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 42.703,20 € und für die Mitglieder des Vorstandes 261.259,95 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.4 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 13 Arbeitnehmer, davon 4 in Elternzeit.

Bonn, den 18. April 2007

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2006

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten Euro
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	4.172	2.761	815	175	11.165.824,28
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	52	156	93	12	1.637.617,20
2. sonstiger Zugang	8	1	0	0	187,44
3. gesamter Zugang	60	157	93	12	1.637.804,64
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	6	1	9	4	103.558,88
2. Beginn der Altersrente	85	9	0	0	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	8	3	0	0	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	7	1	181.806,68
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	57	17	0	0	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	2	1	0	0	–
7. sonstiger Abgang	1	0	1	0	98.862,16
8. gesamter Abgang	159	31	17	5	384.227,72
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	4.073	2.887	891	182	12.419.401,20
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	347	215			
2. in Rückdeckung gegeben	2.481	930	–	–	–

Hinterbliebenenrenten				Summe der Jahresrenten		
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro	
270	3	47	1.447.054,84	10.534,48	105.185,40	
13	0	2	99.410,84	-	4.844,68	
0	0	0	1,32	14,28	0,00	
13	0	2	99.412,16	14,28	4.844,68	
3	0	0	21.823,44	-	-	
0	0	0	-	-	-	
0	0	0	-	-	-	
0	0	6	-	-	11.176,56	
0	0	0	-	-	-	
0	0	0	-	-	-	
0	0	0	-	-	-	
3	0	6	21.823,44	-	11.176,56	
280	3	43	1.524.643,56	10.548,76	98.853,52	
-	-	-	-	-	-	

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2006

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	44	6.480.258,00
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	–	–
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	–	–
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	–	–
3. Storno	–	–	–	–
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	–	–
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	44	6.480.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	44	4.412.758,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	42	11.751
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	42	11.751
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	42	8.889

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“), die im Jahr 2007 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 6,0 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

a) die im Dezember 2006 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die versicherten Renten für im Januar 2006 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2006 beitragspflichtig waren,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 30 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2007 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2007 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 0,75 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2006 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die versicherten Renten um 0,75 % erhöht; für im Januar 2006 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2006 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2006 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2006 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2007 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 04 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2006 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die versicherten Renten um 1,25 % erhöht; für im Januar 2006 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
- b) die im Dezember 2006 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2006 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2006 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2007 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „ds:Rente“, „ds:Rente Plus“, „ds:bAV“ und „ds:Basis“, jeweils nach dem „Tarif 2005“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2006 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die versicherten Renten um 1,50 % erhöht; für im Januar 2006 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
- b) die im Dezember 2006 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2006 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2006 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2006 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2007 verwendet.

- c) die im Dezember 2006 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die laufenden Renten um 1,75 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2007 eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der **eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung** nach „**Tarif 2000**“, „**Tarif 2000 plus**“ oder „**Tarif 04 plus**“ - jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB - sowie bei den Versicherungen „**ds:BU**“

werden im Jahr 2008 (wie im Jahr 2007) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „**Tarif RiBUZ**“ oder „**Tarif 04 RiBUZ**“ sowie bei den Versicherungen „**ds:RiBU**“

werden im Jahr 2008 (wie im Jahr 2007) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Steuerberater-Versicherung, Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Versicherungsvereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versicherungsvereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versicherungsvereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versicherungsvereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 30. April 2007

Susat & Partner oHG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Schlüter
Wirtschaftsprüfer

gez. Graf von Kanitz
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2006 seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen, umfassend wahrgenommen.

Hierzu haben fünf Sitzungen stattgefunden, in denen der Vorstand nach schriftlicher Vorbereitung eingehend berichtet hat. Die Berichte betrafen insbesondere:

- Bestandsentwicklung
- Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Werbung
- Verwaltungskosten
- Neue Tarife

Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand Berichte und Statistiken vorgelegt und darüber hinaus hat sich der Aufsichtsratsvorsitzende regelmäßig über die Geschäftslage berichten lassen.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Entscheidungen des Aufsichtsrates lagen in folgenden Bereichen:

■ Kapitalanlagen

Der Aufsichtsrat hat sich laufend davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Um die Verzinsung der Kapitalanlagen zu erhöhen, hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates bei Neuanlagen bereits verstärkt in Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten angelegt.

■ Nachrangkapital

Zur nachhaltigen Erfüllung der Solvabilität wurde mit Zustimmung des Aufsichtsrates bereits in 2006 Nachrangkapital sichergestellt. Dazu wurden in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde nachrangige Verbindlichkeiten über 7 Mio. € eingegangen.

■ Risikomanagement

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über das Risikomanagement laufend informiert. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden nur Anlagen getätigt, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen. Der Anteil der Risikokapitalanlagen wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit begrenzt.

■ Verwaltungskosten

Die Kostenpläne für die Verwaltungskosten wurden auch im Jahre 2006 unterschritten. Die Betriebskosten (Abschluss- und Verwaltungskosten) liegen mit 4,01 % der Bruttobeiträge unter den niedrigen geschäftsplanmäßigen Kosten.

■ Neue Tarife 2007

Für das Neugeschäft ab dem 01.01.2007 ist der neue Höchstrechnungszinssatz von 2,25 % zu beachten. Der Vorstand hat beschlossen, die aktuellen Tarife auf den Rechnungszins von 2,25 % umzustellen und ab dem 01.01.2007 im Neugeschäft zu verwenden; die übrigen Rechnungsgrundlagen bleiben dabei unverändert. Die Aufsichtsbehörde wurde über die beabsichtigte Einführung der neuen Tarife informiert und die aktuellen AVB wurden nochmals vorgelegt.

Der Aufsichtsrat nahm davon zustimmend Kenntnis.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006 wurden von Susat & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung den für das Geschäftsjahr 2006 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 30. April 2007

Für den Aufsichtsrat



Hans-Adolf Neu

Vorsitzender

8 ORGANE

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts

Mitgliedervertreter:	Wahlkreis:	
Klaus Axmann, StB	Thüringen	
Jutta Barth, StB/vBP	Niedersachsen	
Franz Bausch, StB/vBP	Südbaden	
Werner Billgow, StB/WP	Hamburg	ab 01.07.2006
Dr. Joachim Dalmer, StB	Mecklenburg-Vorpommern	ab 01.09.2006
Klaus Decker, StB	Bremen	
Thomas Fischer, StB	Sachsen	
Michael Hagen, StB	Sachsen-Anhalt	
Peter Hesse, StB/vBP	Mecklenburg-Vorpommern	bis 31.08.2006
Ute Mascher, StB/vBP	Hamburg	bis 30.06.2006
Renate Nopitsch, StB/RB	Nürnberg	
Dieter Prinz, StB/WP	Köln	
Hansjörg Reiter, StB/vBP	Nordbaden	
Karl Friedrich Rienhöfer, StB	Westfalen-Lippe	
Ute Sahm, StB	Berlin	ab 16.01.2007
Matthias Sand, StB	Brandenburg	
Wilfried Schapke, StB	Schleswig-Holstein	
Dr. Hartmut L. Schwab, StB	München	
Ulrich Thiemann, StB	Rheinland-Pfalz	
Jacob Trimborn, StB	Düsseldorf	
Gerd Warner, StB	Berlin	bis 16.01.2007
Elisabeth Weber, StB	Stuttgart	
Gudrun Weißenborn, StB	Hessen	
Werner Welsch, StB/WP	Saarland	

Aufsichtsrat:

Dr. Horst Gehre, RA, Bonn (Vors.)	bis 30.06.2006
Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vors. ab 01.07.2006, stv. Vors. bis 30.06.2006)	
Heribert Heinrichs, StB/WP, Münster (stv. Vors. ab 01.07.2006)	
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg	ab 01.07.2006

Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Treuhänder:

Manfred Etscheid, StB, Bonn
Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim (stv.)

TELEFONISCHE BERATUNG:

0228 - 98 21 30

Mo - Do: 8 - 17 Uhr und Fr: 8 - 13 Uhr

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN:

Fax 0228 - 9 82 13 11
info@ds-versicherung.de

SERVICES & INFORMATIONEN:

www.ds-versicherung.de